



Parlamentarische Demokratie



Bild: Nathalie Löwe

Editorial

Liebe Leser*innen,

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus und wir können es vor Plakaten auch gar nicht mehr übersehen: Im September sind **mal** wir mal wieder dazu aufgerufen zur Bundestagswahl unsere Stimme abzugeben. Wir haben uns deshalb Gedanken gemacht, wie das eigentlich ist mit der parlamentarischen Demokratie, was eigentlich mit Alternativen ist und wie unser Verband dazu steht. In einem spannenden Interview haben wir erfahren, wie es ist, die jüngste Abgeordnete eines Parlaments zu sein. Auch zum Thema Wählen haben wir verschiedene Meinungen gegenübergestellt. Außerdem haben wir uns mal gefragt, wie das mit den Parteien ist und auch hierzu verschiedene Positionen gefunden. Dazu gibt es spannende Perspektiven, die aufzeigen, warum man eine bestimmte Partei (nicht mehr) wählt oder sogar in sie eintritt.

Es bleibt auf jeden Fall spannend und wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen.

Freundschaft!
Eure Redaktion

02 Kritik und Chancen des Parlamentarismus Ist er sinnvoll, ist er schlecht oder sollte man ihn verbessern? Eine Einschätzung.

03 Gegen eine „nationalistische Schockstarre“ Empfehlungen zum gewerkschaftlichen Umgang mit der AfD

04 So wird das nichts, Genoss*innen! Die SPD kann die Wahl nur links gewinnen

07 Ägypten 6 1/2 Jahre nach dem arabischen Frühling

08 Gottkanzler Martin Schulz: Alter Wein in neuen Schläuchen

09 Dein Ernst?! Warum ich in die SPD eingetreten bin.

10 Je suis linksextrem

11 Pro und Contra: Wahlen in der parlamentarischen Demokratie

12 Diversity im Parlament Bildet der deutsche Bundestag alle ab?

13 Die Clara: "Politik ist eine Sache, die alle jungen Frauen etwas angeht!" Ein Interview mit June Tomiak vom Bündnis 90/ Die Grünen

14 Aus dem Verband: Pfingstcamp 2017

15 culture club:

5. Rise Against - Wolves Radiotauglicher Punk Rock zur Politisierung

Tote Mädchen lügen nicht Eine feministische Serie?

16 Was war - Was kommt: G20 - Gipfel in Hamburg Zwischen Repression, Vandalismus und grenzenloser Solidarität

Ehrenamt ballert immernoch!

Kritik und Chancen des Parlamentarismus

Ist er sinnvoll, ist er schlecht oder sollte man ihn verbessern?

Die Bundestagswahl steht kurz vor der Tür und eines ist klar: Wir sollen stolz sein und uns immer wieder bewusst werden, dass wir in einer Demokratie leben, in der wir unsere Politiker*innen wählen und sie auch wieder abwählen können. Das sei, so die Vertreter*innen dieser Position, ein Privileg, welches nicht selbstverständlich sei und das wir gegen die Feind*innen der Demokratie von links bis rechts verteidigen sollten.

Aber was bezweckt eigentlich diese Art der Demokratie, dieser Parlamentarismus in dem wir leben? Ist er wirklich so verteidigungswert oder hat er doch Grenzen, die kritisiert werden sollten, beziehungsweise sollte er doch ganz abgeschafft und durch ein besseres System ersetzt werden?

Verbesserungen innerhalb des Parlamentarismus sind möglich

Hier haben wir in der neueren Geschichte einige Beispiele, die diese These untermauern. Wenn wir uns den südamerikanischen Kontinent anschauen, haben linke Regierungen mit verschiedensten Sozialprogrammen Hunderttausende aus der absoluten Armut befreit. So gehörten im Jahre 2003 circa 64 der 190 Millionen Brasilianer*innen zur Mittelschicht, im Jahr 2010 waren es dann schon 91 Millionen. Dies wurde unter anderem mit der Verstaatlichung des Ölsektors erreicht, die dem Staatshaushalt massive Gewinne verschaffte und so die Sozialprogramme (zum Beispiel Erhöhung des Mindestlohns, Aufbau sozialer Infrastrukturprogrammen etc.) finanziert.

Die Kritik daran

Alles das funktioniert innerhalb kapitalistischer Verwertungslogik, innerhalb der Marktwirtschaft und unter Finanzierungsvorbehalt. Und hier beginnt die Kritik.

Die ganzen Sozialprogramme konnten nur unter Inkaufnahme massiver Umweltschäden erreicht werden. Außerdem fördert eine linke Regierung auch immer das Gefühl, dass sie es schon richten wird und dass man nicht mehr wirklich was dafür tun muss, um seine Interessen durchzusetzen. Die Linksregierungen haben und werden auch nicht den Kapitalismus abschaffen können, sondern nur die Härten mildern. Sie befinden sich immer noch in Konkurrenz um möglichst große Absatzmärkte und sind immer noch darauf angewiesen, dass Privatunternehmen Interesse haben in ihrem Land zu produzieren, was weiterhin Lohnarbeit etc. beinhaltet.

Die Chancen

Auch in Großbritannien würde eine tatsächliche Umsetzung des Programmes der Labour Party (z.B. Verstaatlichung der Bahn, der Post, größere Besteuerung der reichsten 5 Prozent der Bevölkerung, Erhöhung des Mindestlohns...) mit dem entsprechenden Druck der Bevölkerung zumindest teilweise durchgesetzt werden können und erneut das Leben vieler verbessern. Dass Menschen die Möglichkeit haben in einer parlamentarischen Demokratie

mit dafür zu sorgen solche Ideen zu transportieren und auch Dinge an die Öffentlichkeit gebracht werden, die eine Mehrheit der Bevölkerung vielleicht erst einmal nicht auf dem Schirm haben, ist sinnvoll.

Von den Regierten zu Verwaltern!

Die parlamentarische Demokratie sorgt aber auch dafür, dass Andere über uns entscheiden, über eine längere Zeit nicht abwählbar sind und solange eigentlich umsetzen können, was sie wollen. Sie zementiert außerdem die Marktwirtschaft, weil es die Trennung von Ökonomie und Politik bedeutet und eben nicht die Beteiligung aller an der Gesellschaft. Was wir letzten Endes brauchen ist eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, die sofortige Abwählbarkeit der eventuellen Vertreter*innen und eben ein System, in welchem wir von Regierten zu Verwalter*innen einer Gesellschaft werden, in der wir alle planen wie wir produzieren, was wir gemeinsam tun wollen und wie wir leben wollen. Die Voraussetzung dafür ist natürlich die Abkehr vom Kapitalismus, was aber (leider) noch ein längerer Weg sein wird!

Dass wir aber stolz und froh sein sollen auf diese Demokratie, das ist Quatsch! Warum sollte ich dankbar dafür sein, nicht in einer Diktatur zu leben, warum sollte ich stolz darauf sein, dass viele Menschen eben doch glauben, dass wenn man in einer parlamentarischen Demokratie lebt, alles doch irgendwie gut ist und die ganzen Gegensätze in dieser Gesellschaft natürlich sind? Es muss doch möglich sein Kritik an etwas zu äußern, ohne als Feind demokratischer Strukturen dazustehen. Der Parlamentarismus ist ohne Frage eine Verbesserung in der geschichtlichen Entwicklung, aber die Gesellschaft weiterhin zum Positiven zu verändern, alte Mechanismen, die uns schaden, abzubauen, das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Leider wird das ein harter Kampf und bei allen positiven Aspekten steht uns dieser Parlamentarismus da doch im Wege!

Nadim Shukrallah, KV Köln



So spannend geht es im Bundestag zu. Bild: TobiasGolla, Creative Commons CC0

Hier ein paar Gedanken dazu.

Wenn wir tatsächlich das Ziel haben alle Übel abzuschaffen, die dem Menschen in unserem Wirtschaftssystem von einem schönen, angenehmen Leben abhalten, sollten wir uns auch alle Möglichkeiten anschauen wie wir zu diesem Ziel kommen können und wie wir auch schon im Hier und Jetzt die Lebenssituation der Menschen verbessern können. Meiner Ansicht nach sollten hier parlamentarische Möglichkeiten genutzt werden und auch auf diesem Wege Mehrheiten errungen werden, die eine progressivere Politik im Sinne der Lohnabhängigen und unterdrückten Minderheiten ermöglichen.

Gegen eine „nationalistische Schockstarre“

Empfehlungen zum gewerkschaftlichen Umgang mit der AfD

Konstante Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen, penetrante Auftritte von Rechtsradikalen auf den Straßen bis hin zu hochgefährlichen ausländer*innenfeindlichen Straftaten: Emanzipatorische und soziale Gruppen sahen sich selten vor einer Bundestagswahl mit einer derartigen Mischung konfrontiert. Angesichts der Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihrer Schwesterparteien in Europa erinnert der Journalist Stefan Dietl die Linke, worin ihre Stärke besteht. In seinem neuen Buch baut er auf einer Analyse des AfD-Programms zu sozialen Themen auf, entwirft eine gewerkschaftliche Gegenstrategie und fordert von internationaler Solidarität geprägte soziale Kämpfe.

Woraus die AfD Kapital schlägt

Dietl beginnt mit einer Beschreibung der AfD-Vorläuferorganisationen. Aus dem bürgerlichen Lager hervorgegangen, wurden sie einerseits von Neoliberalen und andererseits von Nationalkonservativen vor allem aus CDU/CSU und FDP getragen. Deren Ziel, nach den Hartz-Reformen den Sozialstaat noch weiter zu zerschlagen, hatte bei der Bundestagswahl 2005 einen Dämpfer einstecken müssen. Dass die Regierung unter Angela Merkel in der Euro-Krise ab 2007 dann noch Konjunkturprogramme auflegte, wurmte die späteren AfD-Führungsfiguren. Wirtschaftlich wurden die AfD-Vorläufer „Bund freier Bürger“ oder „Wahlalternative 2013“ insbesondere von Unternehmer*innen gestützt, die vom Binnenmarkt profitierten.

Kontroversen kamen in der wachsenden AfD zwischen verschiedenen Lagern auf, weil der von AfD-Führung verfochtene Neoliberalismus auf eine Verelendung breiter Teile der Bevölkerung hinausläuft. Dass die AfD trotzdem auch von Nicht-Privilegierten Stimmen erhielt, sieht Dietl in ihrer reaktionären Programmatik begründet: Diskriminierende und ausgrenzende Ziele weist er der AfD vor allem in Gestalt von rassistischen und antisemitischen Positionen nach.

Doch nicht nur diese bilden ein „einzigendes Band von marktradikalen Nationalliberalen, christlichen Fundamentalist*innen, Nationalkonservativen und völkischen Nationalist*innen“ (S.31), auch „Homo- und Transphobie gehören ebenso wie der

Antifeminismus zum ›Markenkern der AfD“ (S.39). Sie fordert Selektion statt Inklusion von marginalisierten Gruppen. Diese Mischung von Angriffen auf politische Korrektheit hält die AfD als zentrale Klammer zusammen, wenn ihre Flügel sich über soziale Fragen streiten. Der marktradikale Flügel in ihr fordert eine „Unterordnung allen staatlichen Handelns unter das Primat der Wirtschaft“ (S. 44), im Extremfall durch eine autoritäre Technokratie: allgegenwärtige Konkurrenz statt Erbschafts- und Gewerbesteuer. Dieser Teil der AfD muss sich aber ständig mit „völkischem Antikapitalismus“ auseinandersetzen: Eine Haltung, die noch aus den sozialdemagogischen Erfolgen der NSDAP stammt. Darin werden nur manche Erscheinungen des Kapitalismus als unsittlich verdammt, insbesondere wenn sie Nachteile für die herbeigesehnte Volksgemeinschaft haben.

Sozialdemagogie vs. Marktradikalismus?

In der Debatte innerhalb der AfD hat diese Position vornehmlich rhetorische Funktion: „Die Partei präsentiert sich hier als Vertretung der sozial Schwachen und macht gleichzeitig Geflüchtete für die soziale Misere verantwortlich“ (S.60). Doch der marktradikale und sozialdemagogische Flügel hat in der AfD eine große Schnittmenge. Dietl belegt sehr überzeugend, dass beide Lager dem „Leistungsprinzip“ frönen, die Familie statt öffentlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zuständig sehen, Eliten und Selektion statt Emanzipation in der Bildung wollen und über allem ein nationalistisches Standortdenken schwebt.

Mit einer Zusammenfassung empirischer Arbeiten der letzten Jahre begründet Dietl dann auch, dass die AfD nicht primär benachteiligte Milieus erreicht. Eher wird sie aus der Mittelschicht gestützt, viele Anhänger*innen sind etwa Immobilienbesitzer*innen. Besonders diejenigen, die noch ein gutes Leben haben, aber sozialen Abstieg fürchten, wählen AfD.

Streik statt Standort

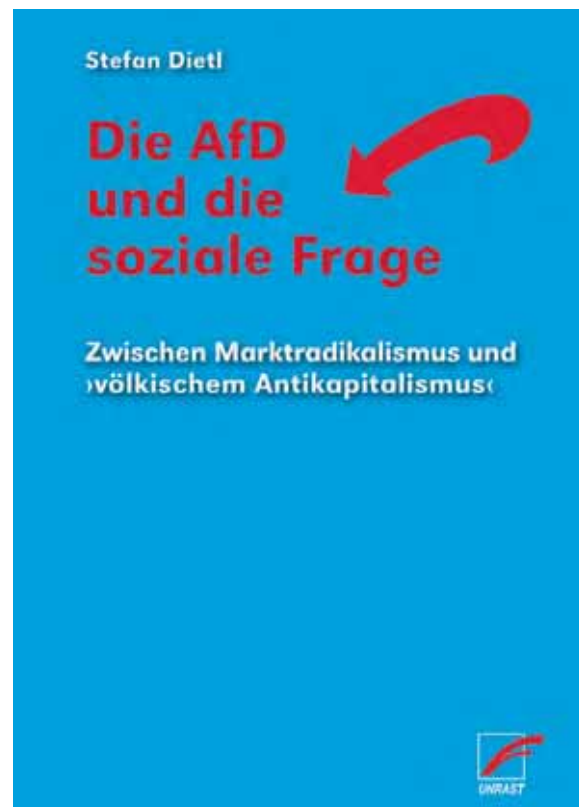
Dietls Motivation für das Buch besteht darin, dass er als ver.di-Aktivist mit Sorge eine hohe Zustimmung zur AfD bei Gewerkschaftsmitgliedern feststellt. Das lässt sich damit erklä-

ren, dass die DGB-Gewerkschaften in der Vergangenheit kaum sozial Benachteiligte organisiert haben und die Mitglieder eben häufiger abstiegsbedrohten Schichten angehören als im Bevölkerungsdurchschnitt. Zusätzlich setzten DGB-Vertreter*innen zu sehr auf „den Staat statt auf gewerkschaftliche Organisation der Betroffenen“ gepaart mit einem in Teilen der Gewerkschaften „vorherrschenden Standortnationalismus“: Statt zu opponieren oder zu streiken, gestaltete der DGB die Hartz-Reformen mit, regelte Leiharbeit und feilschte um 10 Cent mehr Mindestlohn.

Vielversprechender erscheint Dietl, die Aufklärung übers AfD-Programm anders zu ergänzen: „Anstatt die herrschende Politik mitzugestalten, müssen die Gewerkschaften wieder zum Träger der sozialen Proteste gegen diese werden.“ (S.131)

Gegen die Zwietracht wird Dietls Buch sicher wirksam, sofern genügend Kolleg*innen sich beim Aufstehen wieder fragen, wessen Morgen es eigentlich ist.

Ben Mirwald, KV München



Stefan Dietl: „Die AfD und die soziale Frage“, Bild: Unrast Verlag, UNRAST-Verlag, Münster, Juli 2017, 13,-Euro

1 Witzigerweise ist die Deutsche Bahn zwar eine Aktiengesellschaft, aber der deutsche Staat hält zu hundert Prozent die Anteile an ihr.

2 Exemplarisch sei hier nur die faktische Aushebelung des Asylrechtes genannt.

3 Dass der Direktkandidat der Grünen das Direktmandat bekommt ist relativ unwahrscheinlich, deshalb ist es sinnvoll hier die Stimme dem gewünschten Koalitionspartner zu geben, damit das Direktmandat dann nicht an die CDU geht.

So wird das nichts, Genoss*innen!

Die SPD kann die Wahl nur links gewinnen

Geboren bin ich 1979, also eigentlich unter Helmut Schmidt. Aufgewachsen aber unter Helmut Kohl, an die ersten zwei Jahre kann ich mich nicht mehr erinnern. Er war allgegenwärtig, genauso wie die Karikaturen in Birnenform (in meiner Erinnerung gab es sogar ein ganzes Buch nur mit Karikaturen von Kohl in Birnenform) und die Kohlwitze, die wir uns erzählten, von denen mir heute aber keiner mehr einfällt. Er begleitete mich durch den Kindergarten, durch meine Grundschulzeit, in der ich anfang politisch zu denken. Am Ende meiner Grundschulzeit tat sich eine Menge im Nachbarland DDR, es gab viele Menschen, die nicht mehr mit dem System und den Herrschenden einverstanden waren und wöchentlich, immer am Montag, demonstrierten. Von der anfänglichen Kritik der Oppositionellen in der DDR am bestehenden System und dem Willen den Sozialismus in der DDR zu reformieren, blieb leider am Ende nicht viel übrig. Und da

kommt schon wieder Kohl und der unbedingte Wille die beiden Staaten zu vereinen, ins Spiel. Aus der Parole „Wir sind das Volk“ wurde sehr schnell „Wir sind ein Volk“. Ab diesem Zeitpunkt war klar, dass der Reformwille derjenigen, die diesen Protest überhaupt erst angeschoben hatten, sich nicht durchsetzen würde. Gegen den nationalen Wahn und die vollen Schaufenster im Westen hatten sie einfach keine Chance. Und Kohl hat auch hier wieder kräftig mitgemischt, indem er die D-Mark, die nationale Einheit und blühende Landschaften versprach.

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine „ungeheure Warensammlung“ (1), die einzelne Ware als seine Elementarform.“ Karl Marx

Nur weil die Schaufenster, die Regale voll sind und Reisefreiheit herrscht, heißt das nämlich noch lange nicht, dass man das auch alles haben kann. Das haben Marx und Engels schon früh erkannt. Die Ökonomie in der ehemaligen DDR wurde fast komplett durch westliche Produzenten übernommen, der Ausverkauf fand durch die Treuhand zum Nachteil der Menschen aus der ehemaligen DDR statt. Viele wurden arbeitslos und konnten mit der gewonnenen Freiheit weiterhin nicht viel anfangen, weil ihnen schlichtweg der Zugang zum vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum verwehrt wurde. Und auch hier war der Name Kohl wieder omnipräsent, weil er der Architekt der sogenannten Wiedervereinigung war. Vermutlich wäre er 1990 auch abgewählt worden, wäre es hier nicht durch die Turbulenzen in der DDR zu einem Fest der nationalen Einheit mit dem Höhepunkt seiner Wiederwahl gekommen. Und zum nationalen Glückstaumel gesellte sich dann noch der Weltmeistertitel im Fußball dazu. Was war die Freude doch groß. Doch auch in Westdeutschland ging die Einheit nicht spurlos an uns vorbei. Das Credo „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ galt auch hier, der Sozialstaat war in der Form nicht mehr tragbar, sagten Kohl und seine Mitstreiter*innen aus CDU/CSU und FDP. So sollten z. B. die staatseigenen Betriebe Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost von nun an keine Staatsbetriebe mehr sein, sondern **Aktiengesellschaften 1**. Und auch im Westen von Deutschland wurde die Zahl der Arbeitslosen,

wenn auch nicht in dem Maße, wie im östlichen Teil des Landes, größer. Im Ruhrgebiet schloss eine Zeche nach der anderen, viele Betriebe wurden zerschlagen, verkauft und es begann ein Personalabbau. Zunächst nur so, dass Stellen, deren Inhaber*innen in Rente gingen, einfach nicht wieder besetzt wurden. Aber später dann auch nicht mehr so sozialverträglich. Der Neoliberalismus hielt Einzug.

Parallel dazu kam es zu einem Erstarren der Rechten, Asylbewerber*innenheime brannten. Es gab massive Angriffe der Rechten auf Menschen mit Migrationshintergrund, Linke und auch linke Strukturen. Und auch hier mischten Kohl und Konsorten wieder ganz vorne mit, indem sie tön-ten. **„Das Boot ist voll“ 2** Kohl war für uns die Person, die für das alles stand.

Es gab also genügend Gründe für eine Abwahl von Kohl

Wir hatten die Schnauze voll von Kohl und wollten eine andere Politik, eine Politik mit Klassenbewusstsein, eine, die mehr im Interesse der arbeitenden Bevölkerung handelt. Natürlich war uns klar, dass eine Partei nicht den Kapitalismus abschaffen würde, aber wir erhoffen uns dennoch, dass sich etwas ändern würde. Viele, auch bei den Falken, haben deshalb 1998 Rot-Grün oder Rot-Rot gewählt. Und so machte ich auch mein Kreuzchen bei meiner ersten Wahl bei dem Direktkandidaten der SPD und mit meiner Stimme für die Partei habe ich die Grünen gewählt. Ich habe so **strategisch 3** gewählt, wie auch meine Eltern die Jahre zuvor dies getan haben. Und so kam es dann auch: Die SPD holte die Mehrheit und bildete mit den Grünen eine Koalition. Schröder wurde Kanzler und mit ihm Fischer zum Außenminister und Vizekanzler. Wir ahnten zu dem Zeitpunkt noch nicht, was da auf uns zukommen würde.

Den Sozialstaat, wie ich ihn kannte, sollte es nicht mehr geben

Schröder sorgte dafür, dass Lafontaine nach nur einem halben Jahr von seinem Amt als Wirtschaftsminister zurückgetreten ist. Auch wenn Lafontaine heute im nationalen Fahrwasser schippert und manch fremdenfeindlichen Ton von sich gibt, so stand er 1998 für eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer*innen. Diese Ausrichtung, auch der Wirtschaftspolitik, war

Bild: Titanic





Bild: Marco Urban

„Luxus für alle“ war leider nicht sein Motto.

nicht im Sinne Schröders, so dass die beiden viele Konflikte geführt haben, die letztlich zum Rücktritt führten. Nun gab auch Schröder wieder das Credo aus, dass der Gürtel enger geschnallt werden müsse und die fetten Jahre vorbei seien, zumindest für den arbeitenden bzw. eigentumslosen Teil der Bevölkerung. Was folgte, war eine der grundlegendsten Reform der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung in der Geschichte der BRD. Aus der Versicherungsleistung Arbeitslosenhilfe und der Sozialleistung Sozialhilfe wurde das Arbeitslosengeld II, auch Hartz IV genannt. Die Höhe des Arbeitslosengeldes blieb gleich, hier wurde jedoch die maximale Bezugsdauer in der Regel auf 12 Monate herabgesetzt. Zudem wurden Mini-Jobs eingeführt, die Möglichkeiten der Arbeitnehmerüberlassung ausgeweitet.

Die Leistungen sind real gekürzt worden, zudem fallen nun alle nach 12 Monaten ALG I sofort in die Sozialhilfe. Um die Menschen vermeintlich schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen, wurde das Prinzip des Forderns und Förderns eingeführt: Das bedeutet, es werden standardisierte und regelmäßige Beratungsgespräche geführt und sogenannte Eingliederungsvereinbarungen mit den Leistungsempfänger*innen vertraglich abgeschlossen. Die Leistungsempfänger*innen müssen also aktiv daran mitarbeiten ihre Arbeitslosigkeit zu beenden und an den vorgeschlagenen Maßnahmen mitwirken. Die Hürde, was eine zumutbare Arbeit ist, wurde weiter nach unten geschraubt. Zudem wurde die Verantwortung für den eigenen Lebensunterhalt komplett auf die Leistungsempfänger*in

abgewälzt: „Erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen haben in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte müssen ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen einsetzen.“ (SGBII) In einer Gesellschaft, in der zunächst einmal alle, die nicht über Eigentum verfügen, vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen sind und in der also der begrenzte Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum über den Verkauf der Ware Arbeitskraft erfolgt, ist eine eintretende Arbeitslosigkeit sehr schnell auch mal sehr existenziell. Nicht umsonst wird von Kritiker*innen Hartz IV auch mit dem Zusatz „Armut per Gesetz“ versehen. Zudem erfolgt in einer kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftliche Teilhabe größtenteils über Arbeit. Die Situation für Erwerbslose ist also sowohl von der ökonomischen als auch von der sozialpsychischen Seite her bescheiden und wird durch die Gängelung und die Repressionen der Jobcenter und Arbeitsagenturen nicht einfacher. Zudem bieten die Maßnahmen selten einen Weg aus der Arbeitslosigkeit. Die Leistungsempfänger*innen werden nicht als mündige Bürger*innen betrachtet, sondern als zu erziehende Subjekte: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Blöd nur, dass es im Kapitalismus eben nicht darauf ankommt, ob ich arbeiten möchte, sondern, dass mir auch eine Arbeit angeboten wird. Und zudem wird es immer Menschen

geben, die, aus welchen Gründen auch immer, einer produktiven Tätigkeit nicht nachgehen wollen oder können. Sollen die jetzt verhungern? Ein weiterer Effekt der Hartz Gesetze, war die Entstehung eines riesigen Niedriglohnssektors, der von Schröder auch explizit so gewollt war. Auf dem Wirtschaftsforum 2005 in Davos berichtete er stolz: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. Ich rate allen, die sich damit beschäftigen, sich mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen, und nicht nur mit den Berichten über die Gegebenheiten. Deutschland neigt dazu, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, obwohl es das Falscheste ist, was man eigentlich tun kann. Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnssektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“

Und ich, ich war bedient!

Ich saß 2005 bei der nächsten Bundestagswahl in der Wahlkabine und dachte: „Ist doch egal, wo du dein Kreuzchen machst“. Und das machte ich dann auch, ich wählte ungültig. Eine schwarz-gelbe Koalition hätte sicher nicht eine solche grundlegende Reform des Sozialstaates durchführen können, dies hat nur eine **Koalition unter Führung der SPD mit den Grünen 4** geschafft.

Seitdem wurden die Hartz Gesetze mehrfach reformiert, aber dadurch nicht besser. Einiges, wie die Ich-AG, wurde auch wieder abgeschafft und ein Mindestlohn wurde in der großen Koalition eingeführt. Es lässt sich festhalten, dass sich die erwarteten Einsparungen der Ausgaben für den Staat nicht realisiert haben, sondern die Ausgaben im Gegenteil gestiegen sind. Die SPD verlor nicht nur Stimmen bei den Wahlen, sondern auch massiv an Mitgliedern. Viele von ihnen sind heute Mitglied in „Die Linke“.

Doch die SPD hält im Grundsatz an der Richtigkeit der Reform fest und will nur an einzelnen Punkten nachbessern. Eine Partei, die von Arbeiter*innen gegründet wurde, die dem Kapitalismus eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer*innen entgegensetzen wollte, hält an einer Reform fest, die für Armut, Gängelung und Repression der erwerbslosen und aber auch der arbeitenden Menschen steht. Wenn nicht ein Umdenken und eine Rückbesinnung auf die sozialpolitischen Ziele der Vergangenheit stattfinden, wird die SPD noch mehr an Wähler*innenstimmen und Mit-

4 Die Grünen haben sich in dieser Koalition komplett von den sozialpolitischen Grundsätzen verabschiedet, aus denen sie mal gegründet worden sind. Seitdem fallen sie auch nur noch mit so sinnvollen Forderungen wie einem verpflichtenden Veggieday für alle auf.



Bild: #24486538 | © jehafo - Fotolia.com

Wie war es eigentlich vor 2005?

Die Sozialhilfe wurde mit der Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengeführt, mit einer gleichzeitigen Verringerung des Sozialhilfesatzes. Und auch die Zahlung von einmaligen Hilfen, wie z. B. der Erwerb einer Waschmaschine oder von Möbeln wurde drastisch gekürzt. Fachkundige Menschen hatten nämlich ermittelt, wie viel der Mensch so zum Leben braucht und in diesem Betrag waren dann auch Neuanschaffungen enthalten. Wenn die Menschen in der Sozialhilfe eine neue Waschmaschine brauchten, so stellten sie hierfür einen Antrag und bekamen den in der Regel auch bewilligt, das Geld ausgezahlt und sie konnten sich eine neue Waschmaschine kaufen. Hartz IV Empfänger müssen nun einen Teil des Betrages sparen, um so im Fall des

Falles sich eine neue Waschmaschine oder was auch immer gerade benötigt wird kaufen zu können. Ist dann halt doof, wenn a) der Betrag noch nicht angespart ist oder b) auf einmal mehr Geräte angeschafft werden müssen, als Geld vorhanden ist. Ganz abgesehen davon, dass es sich als schwierig gestaltet von einem Betrag über 409 € etwas zur Seite zu legen.

Ebenso wie sich relativ gesehen der Sozialhilfesatz verringert hat, hat sich durch die Zusammenführung auch die Höhe der früheren Arbeitslosenhilfe verringert, diese betrug 2004 noch 53 % bzw. 57 % vom Netto des letzten Gehalts. Im Unterschied zum Arbeitslosengeld wurde hier ebenso wie bei Hartz IV heute die Bedürftigkeit geprüft. Das heißt, dass sich ebenso wie das Arbeitslosengeld

gliedern verlieren. Und hier kommen wir zum eigentlichen Problem: Eine Veränderung wird nur stattfinden, wenn genug Menschen dem menschenfeindlichen Geschwafel innerhalb der SPD etwas entgegensetzen, indem sie eine Sozialpolitik mit Klassenbewusstsein innerhalb der SPD durchsetzen. Ob sich die alte Tante SPD ändern lässt oder man am Ende nicht selbst verändert wird, weiß ich nicht, aber ich bin gerade, ob der Erstarbung der Rechten auf der Straße, in der Gesellschaft und im Parlament etwas ratlos.

Also, liebe SPD, die Wahlen können nur links gewonnen werden!

Nina Dehmlow, Bezirk Hannover

Mehr Infos zu Hartz IV findet ihr auch unter www.gegen-hartz.de

Auf www.sanktionsfrei.de könnt ihr Hartz IV Empfänger*innen, die unter den Repressionen des Jobcenters leiden, unterstützen. Außerdem setzen sie sich für eine Abschaffung der Sanktionen ein.

auch die Arbeitslosenhilfe an dem zuletzt verdienten Gehalt orientiert hat. Diese Orientierung am Lebensstandard der Arbeitslosen ist mit der Einführung von Hartz IV komplett weggefallen. Wer nach einem Jahr nicht einen neuen Job gefunden hat, muss von dem Zeitpunkt an auf Sozialhilfeniveau leben. Arbeitslosenhilfe hat bekommen, wer entweder die Anwartschaft auf das Arbeitslosengeld noch nicht erreicht hat oder nach der Höchstdauer von drei Jahren des Bezuges von Arbeitslosengeld noch keinen neuen Job gefunden hatte.

Sozialhilfe haben nur die Personen bekommen, die in ihrem Leben noch nicht sozialversicherungspflichtig tätig, aber bedürftig waren.

In eigener Sache

In der nächsten Ausgabe der AJ beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit dem Thema "Inklusion".

Seit einigen Jahren werden wir relativ häufig mit dem Begriff konfrontiert, so gibt es inklusive Schulen und Kindergärten, die sich zur Aufgabe machen als „behindert“ angesehene Menschen, in die Gesellschaft zu integrieren, anstatt sie wie zu früheren Zeiten auszuschließen und sie merken zu lassen, dass sie irgendwie „anders“ sind. Seit dem Jahr 2006 gibt es sogar die „UN-Behindertenrechtskonvention“, die Staaten wie Deutschland mehr oder weniger dazu verpflichtet Inklusion zu betreiben, um Menschen mit Beeinträchtigungen dieselbe Teilhabe wie allen anderen zu ermöglichen. Doch was bedeutet für uns als sozialistischer Kinder- und Jugendverband der Inklusionsbegriff, welche Erfahrungen haben wir schon damit machen können, welche Kritik und/oder welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen wir, wenn wir uns diesen Begriff genauer anschauen?

Du hast Ideen und brennst darauf sie mitzuteilen? Dann schreib doch einen Artikel für die nächste aj! Redaktionsschluss ist der 01. 10.2017

Ägypten

6 ½ Jahre nach dem Arabischen Frühling

Wenn man sich durch die Nachrichten im internationalen Raum wühlt, erfährt man ziemlich wenig über die Situation in den Ländern, in denen im Jahre 2011 Millionen von Menschen für eine bessere Welt aufgestanden sind. Monatelang waren die Ereignisse dort in den Medien weltweit dominierend. Als in Tunesien und Ägypten die Langzeitherrscher abgesetzt wurden und der Krieg in Syrien begann, interessierte es niemanden mehr. In Tunesien konnte sich eine Art Demokratie durchsetzen, während sich in Ägypten nach einigen Jahren der politischen Umbrüche erneut eine Militärregierung etabliert hat.

Aber wie ist die Situation in den Ländern, deren Revolutionen vor einiger Zeit noch die Herzen vieler progressiv denkender Menschen höher schlagen ließen, wirklich? Ist es gelungen, Verbesserungen umzusetzen?

Eine Antwort hatte ich nicht, ich wollte mehr erfahren. Und so saß ich eines Nachmittags mit einem ägyptischen Journalisten zusammen in einem Restaurant in Kairo und sprach mit ihm über die Revolution und das, was danach kam. Er wirkte sehr gelassen und erzählte mir, wie er die Lage einschätzt.

Anfangs warf er einen Blick zurück auf die mehr als zweieinhalb Jahre andauernde Revolution: Ihr Slogan und ihre Prinzipien waren soziale Gerechtigkeit, Brot und Menschenwürde. Die Revolution hatte den Diktator Husni Mubarak abgesetzt und den daraufhin kurzzeitig regierenden Militärrat ebenso. Nach demokratischen Wahlen, aus denen der Muslimbruder Mohamed Mursi als Präsident hervorging, waren es ebenfalls wieder die Revolutionär*innen von 2011, die den Druck auf den korrupten und autokratisch regierenden neuen Präsidenten, der das Land zunehmend islamisierte, so erhöhten, dass dieser schon nach einem Jahr, durch einen Militärputsch am 30. Juni 2013, gehen musste.

Kaum war die Militärregierung an die Macht gelangt und der neue Präsident Abdel Fattah al Sisi vereidigt, begann der Staat die jungen Aktivist*innen in den Gefängnissen zum Schweigen zu bringen und manchmal zu foltern. Aber nicht nur die Gefängnisse sind mittlerweile voll, auch Demonstrationen jeglicher Art wurden illegalisiert. „Wenn jetzt jemand de-

monstrieren würde, man würde ihn sofort erschießen“. Außerdem gibt es keine Pressefreiheit und manche Oppositionelle wurden aufgrund eines kritischen Beitrags auf Facebook festgenommen. Mein Gesprächspartner erklärte mir, dass bei jeder Revolution eine Konterrevolution ausgelöst wird. Je mehr sich die herrschende Klasse in Gefahr sieht, desto abscheulicher und brutaler wird die Reaktion. Und sie hat in Ägypten triumphieren können, weil sich viele Menschen nach Jahren der Unruhen endlich wieder Stabilität gewünscht hatten und im Militär fälschlicherweise den Heilsbringer sahen.

kerung noch irgendwie erschwinglich machten. Die Mittelklasse schrumpft immer schneller und ist mit einem Anteil von circa 5 Prozent nicht besonders groß. Auf der anderen Seite werden die Reichen immer reicher, und ranghohe Militärs werden mit Staatsgeldern versorgt. Einen Ausweg aus der Krise sehen die Menschen, mit denen ich Gelegenheit hatte zu sprechen, nicht. Der Journalist betreibt ein linkes Onlinemagazin, eine Plattform zum gegenseitigen Austausch und ein Medium zum Lernen für den Kampf für eine bessere Welt und gegen Kapitalismus. Dies wird mehrheitlich von jungen Leuten gele-



Al sisi is a traitor

Bild: Johnny X

Aber wie konnte es soweit kommen?

Es waren zwar Massen auf den Straßen und einiges wurde erreicht, aber am Ende scheiterten die Demonstrant*innen daran, dass es keine Organisation des Protests und klare Zielvorstellungen gab. Das führt dazu, dass man zwar die ganze Zeit kämpft, aber auch die ganze Zeit verliert. Und letzten Endes hat das dazu geführt, dass die jungen Revolutionär*innen, „die unter Feuer standen und auf die geschossen wurde“, und die trotzdem immer weiter gemacht hatten, mutlos und müde wurden und jetzt keinen Ausweg aus der Situation wissen.

Die staatliche Repression ist stärker denn je, der Gesellschaft insgesamt geht es immer schlechter. Ägyptens Ökonomie liegt am Boden und der IWF will Reformen sehen, bevor er Kredite vergibt, auf die die Wirtschaft dringend angewiesen ist. Folge davon sind die Streichung von diversen Subventionen auf Lebensmittel, Gas usw., die diese für die ärmere Bevöl-

sen. Trotz der staatlichen Blockierung und der Gefahr, verhaftet zu werden, machen er und seine Gruppe weiter. Aber es gäbe auch noch vieles andere, das man tun könnte. Nur würden das wenige auf sich nehmen, da sie frustriert und mutlos sind nach der Niederlage. Die Revolution kann nicht immer weiter gehen. All diese Umstände, so eine andere Aktivistin, „haben eine ganze Generation wütend gemacht“. Aber mit Waffen alleine kann man auf die Dauer keinen unterdrückten Menschen still halten. Viele sind depressiv und eher pessimistisch, was die Zukunft anbelangt. Auch der Journalist meint, dass das seiner Einschätzung nach noch einige Zeit so bleiben wird. Aber die Kampferfahrung, die hunderttausende von Menschen politisiert hat, die könne ihnen keiner nehmen. Von anderen hörte ich, dass der Präsident unbeliebt wie nie zuvor sei und: „irgendwann werden wir siegen“.

Johnny X

Gottkanzler Martin Schulz – Alter Wein in neuen Schläuchen

Warum beschäftigt uns der Kanzlerkandidat Martin Schulz?

1 mega: Make Europe Great Again

Zu Beginn des Jahres wurde das große Rätsel um den Kanzlerkandidaten, den die SPD zur kommenden Bundestagswahl stellen würde, gelüftet – Martin Schulz sollte die Krise der Sozialdemokrat*innen beenden. Darauf folgte eine Welle des Schulzhypes und der #schulztrain schien unaufhaltsam zu sein, alle fanden alles nur noch **#mega 1**. Immer mehr Leute schlossen sich Memes und Hashtags im Internet an und sahen in Schulz die Rettung aus der Misere. Welche Misere damit genau gemeint war, blieb lange unklar. Für viele schien Schulz wohl ein Funken Hoffnung zurück zu bringen, dass sich jetzt doch endlich etwas in der parlamentarischen Politik ändern würde und somit dem sich gerade vollziehenden Rechtsruck etwas entgegen gesetzt werden würde.

Im März setzten wir uns als SJ-Gruppe der Falken Bremen kritisch mit dem Schulzhype auseinander und überlegten, welche Position wir dazu, dem Kanzlerkandidaten und der SPD gegenüber auf Bundesebene einnehmen. Daraus ist das Thesepapier „Der Schulztrain – Stehen die Weichen auf Entgleisung?“ entstanden. Es folgt eine Zusammenfassung unserer Thesen.

Bild: Von Foto-AG Gymnasium Melle, CC BY-SA 3.0, von der Redaktion bearbeitet



Gottkanzler Schulz

Durch die Verbindung fremdenfeindlicher und sexistischer Rhetorik, um „Ängste“ der Bürger*innen wahlstrategisch zu verwenden, kann Schulz zur Verrückung des Diskurses nach rechts beitragen.

Schulz sprach in der Talkshow „Anne Will“ am 29.01.2017 davon, dass wer sich in diesem Land nicht an die Regeln halte an dieselben erinnert werden müsse: „Egal ob es um Steuerflucht geht oder Menschen, die unsere Frauen begripschen. [sic!]“ Frauen gehören niemandem, auch nicht den deutschen Männern. Ganz besonders halten wir die Idee, dass Frauen geschützt werden müssen, weil sie das anscheinend nicht selbst können, für großen Quatsch. Anstatt einen sinnvollen Vorschlag zur Veränderung derjenigen Strukturen, die sexualisierte Gewalt tagtäglich fördern, zu machen (zumindest den Anspruch dazu trauen wir der Sozialdemokratie zu), nimmt Schulz den einfachen Weg und haut eine sexistische Bemerkung raus. Sexistisch und übergriffig sind anscheinend nur die „Anderen“, nicht „die Deutschen“.

Äußerungen wie „unsere Frauen“ waren zuvor vermehrt aus der rechtspopulistischen Ecke von AfD und PEGIDA zu vernehmen. Damit wollen wir Schulz nicht in eine Linie mit diesen menschenverachtenden Vereinigungen stellen, beobachten aber, dass hier Elemente dieser Rhetorik aufgenommen werden. Da stellt sich uns die Frage, ob damit „verlorene Wähler*innen“ zurückgeholt werden sollen. Schulz schafft dabei Freiräume für Interpretationen und leistet somit Vorschub für Forderungen wie der nach konsequenter Abschiebung von vermeintlichen Straftäter*innen, wie sie aus dem rechten Lager schallen.

Das „Wahrnehmen“ irrationaler Ängste legitimiert diese und verschafft Rechtspopulist*innen eine komfortable Ausgangsbasis für menschenverachtende Politik.

Ebenfalls bei Anne Will hat Schulz immer wieder deutlich gemacht, die Gefühle der Menschen ansprechen zu wollen. Er möchte die „Ängste der Menschen“ wahrnehmen und diesen mit Realpolitik antworten. Aber was bedeutet es die Ängste wahrzunehmen?

Bei den genannten Ängsten der Menschen handelte es sich in den letzten Jahren meist um projizierte irrationale Ängste vor „dem Islam“ oder „den Flüchtlingen“. Eine (bereits vorhandene) Politik des Ernstnehmens führt unserer Einschätzung nach lediglich dazu, derartiger Ideologie eine Legitimität zu verleihen und sie zu verstärken. Dass er genau diese Ängste meint, wird ihm jetzt unterstellt, denn er hat es so nicht explizit gesagt. Der Freiraum für eine solche Interpretation bleibt aber. Interessant ist, dass sich die SPD kürzlich bemühte klar zu machen, dass diese die Ängste der Menschen nicht verstärken, sondern sie ihnen nehmen wolle, z.B. durch konsequente Abschiebung von „Gefährdern“ (siehe Vorstellung des Zehn-Punkte-Plans zur inneren Sicherheit).

Welche Schlüsse ziehen wir daraus?

Wir sehen momentan noch nicht die Gefahr, dass die AfD bei der kommenden Bundestagswahl die Regierung bildet, sondern eher, dass die etablierten Parteien ihre Programme von den rassistischen und antifeministischen Positionen der Neuen Rechten beeinflussen lassen. Damit werden die Positionen der Parteien insgesamt nach rechts verschoben und die AfD kann als aufmüpfige Oppositionspartei dafür sorgen, dass ihre Forderungen durchgesetzt werden. Wir können unsere Hoffnung darauf, dass eine reaktionäre Rolle rückwärts verhindert wird, derzeit nicht in eine parlamentarische Partei oder gar einen Kanzlerkandidaten setzen. Alle Parteien – von Linke bis CSU – und auch die SPD, sorgen mit ihrem Ansatz „des Ängste Wahrnehmens“ dafür, dass rechte Forderungen immer salonfähiger werden und sogar in Gesetze gegossen werden (z.B. Asylpakete der letzten zwei Jahre, an denen die SPD übrigens beteiligt war im Rahmen der Großen Koalition). Wir sehen nicht, dass Schulz etwas daran ändern wird. Als Sozialist*innen sehen wir ebenfalls nicht, warum wir das immer Gleiche im neuen Gewand feiern sollten und warum wir unsere Kritik an gesellschaftlichen Zuständen aufgrund von ein paar Memes und Hashtags über Bord werfen sollten.

Dein Ernst?

Warum ich in die SPD eingetreten bin.

Wie bitte?“ – „Warum das denn?“ – „Das ist doch Verrat!“: So lautet die Zusammenfassung der Reaktionen nach meinem Eintritt in die größere der beiden sozialdemokratischen Parteien. Im Sommer 2014 lief in Brandenburg der Landtagswahlkampf und als damaliger Vorsitzender meines Landesverbandes war ich auf Parteitagstour. Wahlkämpfe sind eine gute Zeit, um den Kandidat*innen Versprechen und Geld aus dem Kreuz zu leiern.

„Mit den Arschlöchern von der CDU koalier' ick nich!“ (Regine Hildebrandt)

Die Besonderheit in Brandenburg ist, dass eine Regierungsbildung ohne die SPD nicht möglich ist: Die CDU ist schwach, Grüne und FDP haben regelmäßig damit zu tun, überhaupt ins Parlament zu kommen und die Linke versucht zumeist zweitstärkste Kraft zu werden. Realistische Koalitionen sind also Rot-Rot (die Brandenburger Große Koalition) oder Rot-Schwarz. Mit anderen Worten, ein vernünftiges Verhältnis zur SPD schadet auf jeden Fall nicht.

Auf der Landeskonferenz der Brandenburger Jusos im Frühjahr desselben Jahres hielt ich ein Grußwort und dort fiel mir eins auf: Alle, die da vor mir saßen, waren bereits Menschen mit kommunalpolitischer Verantwortung – oder würden es bald sein. Der Weg in den Landtag war für einen Teil des sozialdemokratischen Nachwuchses kein allzu weiter mehr (für Einzelpersonen ist er schon abgeschlossen). Hier saßen also diejenigen, die in Zukunft über Förderung von Jugendverbänden, Vergabe von Trägerschaften und Stellenzuschneitten vor Ort entscheiden würden. In mir begann es zu arbeiten.

Auf dem Parteitag zur Aufstellung der Landesliste stand ich mal wieder hinter einem Tisch mit Material und habe den Delegierten Zeltpatenschaften erklärt, um so Geld für unser Sommerzeltlager einzuwerben. Listenparteitage sind inhaltlich relativ überschaubar und genauso schnell vorbei. Beim Mittagessen kam die Frage aus dem Juso-Landesvorstand, wann ich eigentlich eintrete. Diesmal fragte ich nach dem Formular – so wurde ich 2014 also Juso-Mitglied im UB Teltow-Fläming.

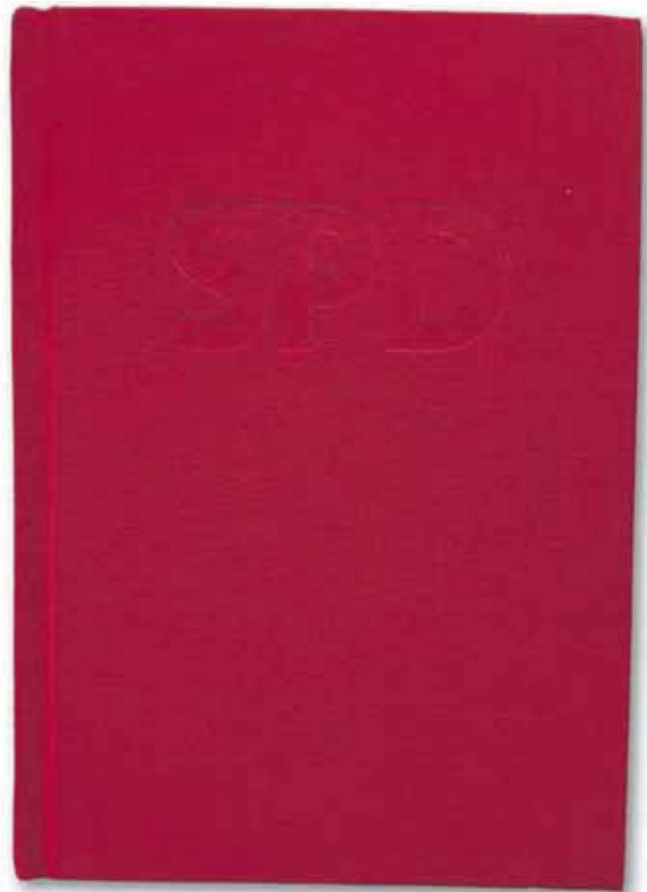
Alles nur Strategie?

Es bleibt die Frage, ob ich mich nur aus strategischen Überlegungen zu so einem Schritt entschieden habe. Ein gutes Verhältnis zu Entscheidungsträger*innen kann auch ohne Parteibuch hergestellt werden. Es gab noch weitere Punkte:

Zum ersten ermöglicht das Parteibuch Zugang zu Gremien und Personen, die sonst nicht ohne Weiteres erreichbar sind. Auf Bundesebene ist es das Rede- und Antragsrecht beim Parteikonvent, auf lokaler Ebene sind es die inhaltlichen Arbeitskreise, wo die Leitlinien der Partei und in Brandenburg damit eben auch der Landesregierung festgelegt werden. Dort mitzuarbeiten und vor allem auch Kritik zu formulieren, hat eine bessere Aussicht auf Erfolg, als der Landesregierung auf die Füße zu treten – auch wenn letzteres natürlich immer notwendig bleibt.

Zum zweiten besteht gerade auf dem platten Land die Option, in die kommunale Selbstverwaltung einzusteigen, wenn man das will. Mir wurde beim ersten Termin mit dem Ortsvereinsvorsitzenden ein Listenplatz angeboten. Dabei ist klar, dass Realpolitik mit unserer Arbeit als sozialistischer Kinder- und Jugendverband wenig bis gar nichts zu tun hat. Gleichzeitig sind es jene Gremien wie Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung und Kreistag wo oft über die Rahmenbedingungen unserer Arbeit entschieden wird. Dann ist es gut, wenn da Menschen sitzen, die unsere Interessen im Blick haben und sich durch den ganzen anderen Kram, wie Abwasserverordnung und Friedhofsgebühren, hindurchleiden.

Zum dritten bleibt die Frage nach der Übereinstimmung mit den politischen Positionen der Partei mit den eigenen. Die SPD wird den Kapitalismus nicht abschaffen (und nein, auch die Linkspartei nicht). Da gibt es keinen Zweifel dran und ich mache mir auch nicht die Illusion, dass wir das ändern würden, wenn ganz viele Sozialist*innen einträten. Aber dazu ist keine parlamentarische Partei da. Das parlamentarische System taugt dazu, dass die Menschen unter den herrschenden Verhältnissen möglichst wenig leiden. Mein Anspruch ist das zu nutzen. Gleichzeitig bin ich mir darüber bewusst, wie viel Dreck die Bundestagsfraktion allein in den letzten vier Jahren mitgetragen hat. Diesen Mist innerparteilich zu kri-



Das Parteibuch von Steffen

Bild: Steffen Göths

tisieren, ist mühselig und leider oft auch fruchtlos – und dennoch nicht weniger wichtig. Wenn man innerparteilich keine Ambitionen hat, die über die Kommune hinausgehen, kann man sich aber ganz gut aus dem Fenster hängen.

Kein Plädoyer für den Parteieintritt

Ich möchte an dieser Stelle meine eigene Motivlage für meine Parteimitgliedschaft erklären, jedoch nicht Werbung für die Mitgliedschaft in Parteien machen. Die Entscheidung dazu muss jede*r für sich allein treffen und die Vor- und Nachteile abwägen. Viel ist, wie geschildert, auch von der Situation vor Ort und insbesondere der jeweiligen Landespartei abhängig (in einigen Bundesländern wäre ich nicht eingetreten, auch nicht bei den Jusos). Zum Schluss noch ein für mich wichtiger Punkt: Ich werde nicht bis ins hohe Alter inhaltlich im Verband aktiv bleiben – da braucht es neben dem Altfalkenschaukelstuhl noch ein anderes Feld politischer Arbeit – je mehr ich dabei für den Verband bewirken kann, desto besser.

Steffen Göths, LV Brandenburg

In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle.“ „Im Verlauf der Geschichte versuchen die Eroberer vermittels der von ihnen selbst erlassenen Gesetze, ihrem ursprünglich der Gewalt entstammenden Besitzrecht eine gewisse gesellschaftliche Bestätigung zu geben. Zum Schluß kommt der Philosoph und erklärt, diese Gesetze besäßen die allgemeine Zustimmung der Gesellschaft.“ (Karl Marx)

Je suis linksextrem

Eine Kritik an der Kriminalisierung linker Proteste unter dem Label des Extremismus

Den Protesten gegen den G20-Gipfel und den Ausschreitungen im Schanzenviertel, auf deren Sinn oder Unsinn wir hier nicht weiter eingehen wollen, folgte eine scheinbar wahnhaft getriebene mediale Debatte über Linksextremismus und Gewalt. Eine ähnliche Debatte haben wir in kleinerem Maßstab im Nachgang der Proteste gegen die versuchte Abschiebung in Nürnberg vom 31. Mai **erlebt** ¹.

Kritik, Protest und Gewalt

Bereits im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg wurde von Seiten der Poli-

anderes als brav, ungefährlich und integriert zu sein – sich mit dem, wie die Welt eingerichtet ist, grundsätzlich zu identifizieren und durch sogenannte „konstruktive Kritik“ dazu beizutragen, dass sie noch reibungsloser läuft. Bevor man äußern darf, was einem nicht passt, soll man erst mal das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren. Wer dieses nicht anerkennt, hat im demokratischen Verständnis das Recht auf Kritik verwirkt und darf dementsprechend in Hamburg oder Nürnberg den süßlichen Geschmack des Pfeffersprays kosten oder den schwingenden Knüppel spüren.

Die Debatte um Gewalt dient der Verteidigung der herrschenden Gewaltverhältnisse. Kritik wird damit delegitimiert. Die Gewalt, auf der die freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihre Kategorie des Eigentums basiert und welche von dieser Ordnung ausgehend geübt wird, wird zugleich negiert und verschleiert.

Konkreter: der Ausbau des Freihandels, den Merkel beim G20 einforderte, wird nicht verstanden als imperialistisches Mittel Deutschlands, um sich in der Weltkonkurrenz durchzusetzen, womit sowohl Arbeiter*innen in Deutschland als auch Arbeiter*innen der restlichen Welt Gewalt angeht wird. Dass ein Mensch in einen Flieger gesteckt und gegen seinen Willen ans andere Ende der Welt geflogen werden soll, wo er überdies der Gefahr des Todes ausgesetzt ist, wird nicht als Gewalt gesehen. Polizist*innen, die auf Köpfe einschlagen und Menschen überfahren, werden nicht als Gewalttäter*innen, sondern als Verteidiger*innen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, als bewahrende Instanz des Rechtsstaats betrachtet. Dieser Rechtsstaat ist zunehmend die Argumentationsgrundlage für das autoritäre Brüllen nach einem starken Staat.

Der autoritäre Charakter der Rechtsstaatsanhänger*innen

Sowohl in Nürnberg als auch in Hamburg wurde in Kommentarspalten und seitens Teilen der Politik ein eklatanter Mangel an Empathie für Opfer von Polizeibrutalität deutlich. Der Ruf nach konsequenter Verfolgung, nach harten Strafen und nach dem Einsatz tödlicher Schusswaffen bis hin zu Vernichtungsfantasien gegen Protestierende war erschreckend. Er berief sich fast durchgehend auf

das Gleiche: die Verteidigung des Rechtsstaats.

Der Rechtsstaat als bürgerliche Idee und Institution entstand in Abgrenzung zum Polizeistaat. Der Staat – vertreten durch die Polizei – sollte nicht länger allmächtig, der Einzelne nicht bedingungslos ausgeliefert sein. Die Staatsgewalt sollte eingeschränkt, Grund- und Menschenrechte gewährt werden. Der Widerspruch ist offensichtlich: Diejenigen, die am lautesten nach dem Rechtsstaat rufen, wollen diesen völlig konträr zu seiner ursprünglichen Idee einsetzen, nämlich als starke Gewalt der Polizei gegen Einzelne, gegen Protestierer*innen und Blockierer*innen. Im Namen des Rechtsstaats veröffentlicht die BILD-Zeitung Gesichter von G20-Gegner*innen und schreibt diese zur öffentlichen Fahndung aus, unterwandert damit das rechtsstaatliche Prinzip, dass Verdacht und Urteile nicht in eins fallen. Bundesinnenminister de Maizière begrüßt dieses Vorgehen. Olaf Scholz verbreitet fake news und behauptet, es hätte keine Gewalt seitens der Polizei gegeben, was auch ohne Faktencheck schon falsch ist: Die Polizei ist Gewalt, sie muss sie nicht erst brutal ausüben, um eine zu sein. SPD-Star Martin Schulz bedankt sich bei den Polizist*innen für ihren Einsatz, was nichts ist als brutaler Hohn gegenüber denen, die in Hamburg zusammengeschlagen, eingepfeffert und überfahren wurden. CDU-Innenpolitiker Armin Schuster fordert gleich die Schließung aller linken Zentren. Was hier also passiert, ist die Abschaffung des Rechts auf Basis des Rechts. Damit wird zugleich deutlich, dass der Rechtsstaat nichts als bürgerlicher Schein ist – welchen überstaatlichen Souverän sollte es geben, der den Einzelnen vor dem Staat schützt, wenn wir nicht an Gott glauben?

In der obsessiven Hetze gegen Linke, im autoritären Ruf nach dem harten Rechtsstaat, in der gnadenlosen Vermischung von links, rechts und islamistisch unter der Formel des Extremismus als bedrohliches Element für die demokratische Mitte und in der Identifikation mit dem friedlichen Kollektiv, wie es sich in Hamburg unter dem Slogan Hamburg räumt auf formiert hat, zeigt sich der demokratische Gemeinschaftsgeist, der nicht völkisch sein muss, um bedrohlich zu sein.

Nico Schreiber, UB Nürnberg



Bild: Nico Schreiber

¹ Weitere Infos dazu auf www.falken-nuernberg.de

tik darauf gepocht, dass „demokratischer Protest“ erwünscht sei, dass dieser jedoch friedlich zu sein habe. Eine Demokratie lebt schließlich von dem politischen Streit, der die entscheidenden Grundfragen dieser Gesellschaft nicht antastet und damit nicht mehr ist als der Streit darum, wer und vor allem wie Armut, Ausbeutung und Herrschaft verwaltet werden sollen. Dieser politische Streit darf gerne von Protestierenden begleitet werden, solange diese sich darauf verpflichten, dass ihre Kritik nicht wirkmächtig wird. Kritik soll Qualitätsmanagement sein. Protest wird in der demokratischen Herrschaft dann als legitim betrachtet, wenn er aussichtslos ist und seinen eigentlichen Zweck verliert. So sollten sich in Hamburg alle „Friedlichen“ von denen distanzieren, die den Gegenstand der Kritik – das Treffen der G20 – stören wollten.

Ähnlich war es in Nürnberg: die Polizei genehmigte laut eigenem Bericht vor dem Innenausschuss des bayerischen Landtags den friedlichen Protest, solange er rechtzeitig beendet würde, um die Polizei anschließend ihre Arbeit verrichten zu lassen. Dass die Schüler*innen ihn eben nicht beendet haben, sondern zusammen mit Aktivist*innen die Abschiebung blockierten, wird mit der Unterwanderung durch „gewaltbereite Linksautonome“ erklärt. „Friedlicher Protest“ bedeutet in diesem Kontext nichts

Pro und Contra: Wahlen in der parlamentarischen Demokratie

Spoileralarm Wahlergebnis 2017

Bürgerlicher Staat, Privateigentum, Gewaltmonopol

In der repräsentativen Demokratie kann der mündige Staatsbürger*innen wählen zwischen verschiedenen Parteien. Was aber ist damit geleistet?

1.) Der Bürger gibt mit der Wahl seine Stimme ab. Wer wählt wird - zusammengezählt mit allen anderen Wählern - zur sogenannten „Wählerstimme“ gemacht. Diese Wählerstimme ist die Legitimation für die Entscheidungen der Regierung in den nächsten vier Jahren. Egal ob Auslandsabenteurer der Bundeswehr, Sozialkürzungen, Polizeieinsätze oder Anhebung des Rentenalters: Alles wird damit legitimiert, dass die Regierung, die es anrichtet, vom Volk ernannt sei. Richtig ist, dass die Regierungsbildung durch die Parteien stattfindet, die sich nach der Wahl darüber verständigen, wer in welcher Koalition die Regierung bildet. Es kommt also immer auf die Parteien an, die „Wählerstimme“ zu interpretieren!

2.) Die Wahl ist aber nicht der Ort der Regierungsbildung. Sie ist der Ort, an dem sich die demokratischen Parteien von ihrem Volk die Legitimation abholen, die Regierung zu bilden. Der Parole, wem die Parteien nicht passen, könne ja selbst eine gründen ist allemal zu entnehmen, dass selbst das bürgerliche Bewusstsein von der unterschiedlichen Rolle der Wähler und auf der anderen Seite der Gewählten weiß.

3.) Was da am Ende der Regierungsbildung herauskommt, stand so oder so nie zur Wahl: Ein ganzer Staat als Gewaltmonopol über einer Klassengesellschaft, welcher die ganzen Widersprüche einer solchen Gesellschaft am Laufen hält. Zur Wahl steht nämlich nur das Herrschaftspersonal, das die jeweiligen Ämter ausfüllt, und nicht die Herrschaft an sich. Dem Merkspruch, man dürfe sich nur beschweren, wenn man sich auch beteiligt habe, geht völlig ab, an was man sich da zu beteiligen habe.

4.) Die Rede vom kleineren Übel ist dabei die Art und Weise, wie die bürgerliche Öffentlichkeit für die Wahl agitiert: Die verschiedenen Parteien stellen sich als alternatives Herrschaftspersonal vor, in dem sie bestimmte Themen in der Öffentlichkeit setzen: „soziale Gerechtigkeit“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft“ sind hier drei derjenigen, welche in diesem Wahlkampf jeweils von den großen Parteien bedient werden. Das heißt nicht, dass diese Themen nicht auch von den anderen Parteien bedient werden – der Bürger wird nun aber als einer angesprochen, der einen Schwerpunkt setzen kann und damit der eigentliche Souverän wäre. Am Ende ist das Verhältnis aber klar: Egal was der Bürger sich bei dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ gedacht hat: Am Ende hat er eine Regierung, die ihm klar machen wird, was er unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen hat!

Sozialistische Jugend Deutschlands
- Die Falken Stuttgart

„Leg dich quer dann bist du wer“

Ein Generationengespräch über Wahlen, Demokratie, Kompromisse, Korruption und Gemauschel

Mein Opa sagte immer zu meiner Oma: „Lege dich quer dann bist du wer!“. Was genau er damit meinte, wurde mir erst viele Jahre später klar. Der Mensch solle sich immer für Gerechtigkeit einsetzen, für seine eigene Meinung kämpfen und eintreten.

Nun, wir leben in einer Demokratie. Alle vier bis fünf Jahre werden mittels Wahlen neue Regierungen gewählt, welche neue Gesetze beschließen (z.B. TTIP). Die Gesetze entsprechen nicht immer der Einstellung meiner gewählten Partei. In einer Demokratie müssen Kompromisse geschlossen werden, ansonsten kommt es in der Politik zum Stillstand. Viele Politiker*innen lassen sich von Konzernen einschüchtern und treffen Entscheidungen, die nicht ihren wirklichen Haltungen entsprechen. Das ist die Macht der Konzerne. Es gibt nur wenige Politiker*innen, die sich nicht davon beeindrucken lassen. Dennoch gehe ich, seitdem ich darf, wählen.

Schon im Alter von fünf Jahren habe ich miterlebt, wie meine Oma sich engagierte und für ihre Meinung

eintrat. Nachdem die Partei, in der sie Mitglied war, beschloss ein neues Wellnesscenter im Dorf am See zu bauen, gründete sie mit ein paar anderen Dorfbewohner*innen eine Partei. Sie sammelten Unterschriften und mein Bruder und ich halfen ihr Aktionsblätter in der Nachbarschaft zu verteilen.

Politik wird von der Kommunalpolitik bis zur EU-Politik zunehmend komplexer. In der Bundespolitik wird es für die gewählten Vertreter*innen schwieriger Entscheidungen (Gesetze) zu treffen, da sie auf dieser Ebene viele Kompromisse schließen müssen. Bevor ein neues Gesetz im Bundestag oder in der EU verabschiedet wird, geht es durch viele verschiedene Ausschüsse und am Ende wird im Bundestag auch über das neue Gesetz debattiert. Bis sich alle Politiker*innen einig sind, vergeht viel Zeit. Viele Menschen sind ungeduldig. Neue Gesetze ziehen sich über wechselnde Legislaturperioden hin, werden nicht mehr behandelt oder verändern sich für unsere Gesellschaft zum Nachteil.

Durch Wahlen legitimiere ich Politiker*innen Entscheidungen zu treffen, andere, bessere Gesetze zu verabschieden, die in unserer Gesellschaft für mehr Gerechtigkeit sorgen. Meine Oma hat mir gezeigt, dass Entscheidungen verhindert werden können. Wir haben das Recht für unsere Meinung zu kämpfen, für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, indem wir demonstrieren, jede Menge Flugblätter verteilen, aber auch mit den Politiker*innen vor Ort in den Dialog treten. In einer Demokratie können wichtige Entscheidungen auch beeinflusst oder verhindert werden.

Das Wellnesscenter in Bissendorf gibt es auch heute noch nicht. Es ist wichtig wählen zu gehen, um die Demokratie zu stärken. Dem zunehmenden Rechtsruck müssen wir entgegenzutreten - auch bei Wahlen. Wer nicht wählen geht, gibt den Rechten seine Stimme. Der Prozentsatz steigt bei rechten Parteien, mit jeder nicht abgegebenen Stimme und somit die Anzahl der Sitze im Parlament.

Henrike Romberg, Bezirk Hannover

Diversity im Parlament

Bildet der Deutsche Bundestag alle ab?

In diesem Artikel geht es um Diversityaspekte eines Parlaments. Der Artikel spiegelt meine Sicht dar und ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit und dass ich alles richtig betrachtet und eingeschätzt habe. In diesem Artikel verzichte ich auf die üblichen Kritiken von Parlamentarismus. Ich verstehe ein Parlament in dessen Zusammensetzung als Abbildung der regierten Gesellschaft. Diversity lässt sich in mehrere Ebenen einteilen, die zu berücksichtigen sein könnten: Geschlecht/Gender, Alter/Generation, Nationalität, Behinderungen/Beeinträchtigungen, Sexuelle Orientierung, Religion/Weltanschauung. Als Beispiel habe ich den Bundestag gewählt, da er mit seiner aktuellen Größe von 630 Parlamentarier*innen recht groß ist und daher realer die Chance hätte, Vielfalt abzubilden.

Zahlen zu den 630 Parlamentarier*innen

Geschlecht/Gender:

Der Anteil von Frauen im Bundestag beträgt derzeit 37,1%. 2015 lebten in Deutschland jedoch etwa eine Million mehr Frauen als Männer, ihr Anteil an der Bevölkerung lag damit bei 52%. Der Bundestag bildet dies also nicht ab. Bisher war nach Recherche eine Trans*person im Bundestag vertreten. Diese outete sich jedoch erst nach dem Ausscheiden aus dem Parlament. Von 1991 bis 2013 haben 17.255 Menschen ein Verfahren nach dem Transsexuellengesetz zur Personenstands- und Namensänderung beantragt. Die Dunkelziffer liegt vermutlich höher, dazu finden sich aber keine Zahlen.

Alter/Generation:

Die jüngste Abgeordnete wurde 1989 geboren und gehört der CDU/CSU-Fraktion an. Der älteste Abgeordnete wurde 1935 geboren und gehört ebenfalls der CDU/CSU-Fraktion an. Grundsätzlich sind immer mehrere Generationen im Bundestag vertreten. Das aktuelle Durchschnittsalter liegt bei 49,7 Jahren. In der 18. Wahlperiode (2013-2017) sind 6% der Parlamentarier*innen unter 35, dies wäre kleiner als die kleinste Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen. Die größte Gruppe sind die Menschen Mitte/Ende 50, dort sind es 20%.

Nationalität:

Das deutsche Wahlrecht sieht nicht vor, dass Menschen, die nicht Deutsche sind, zur Wahl stehen. Damit sind strukturell Menschen ausgeschlossen. Aktuell sitzen im Bundestag 35 Abgeordnete mit Migrationshintergrund, bzw. einem Elternteil, die*der nach Deutschland eingewandert ist. Dies entspricht 5,6% der Parlamentarier*innen. In Deutschland haben jedoch ca. 22,5 % der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund.

Behinderungen/Beeinträchtigungen:

Der Bundestag macht dazu keine Angaben. Die einzige Person, die mir dort einfällt, ist Dr. Wolfgang Schäuble. Ende 2015 galten 9,3% der Gesamtbevölkerung in Deutschland schwerbehindert. Der Bundestag ist weitreichend barrierefrei umgebaut worden. Jedoch können es weite Strecken zwischen Plenarsaal und dem eigenen Büro sein.

Sexuelle Orientierung:

Der Bundestag macht dazu keine Angaben. Es gibt zurzeit acht Lesbische oder Schwule Abgeordnete. Sie stammen aus allen vier Fraktionen, die meisten stellt dabei die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit vier Abgeordneten. Ich nehme an, dass im Bundestag keine ca. 10% von LSBT*I*Q*-Personen vertreten sind, das würde der Größe der Fraktion Die Linke entsprechen. Ergo ist hier auch die Vielfalt der regierten Gesellschaft nicht vertreten. Die aktuelle Zahl von Menschen die sich der queeren Community zugehörig fühlen, lag 2016 bei ca. 7,4%. In diesen 7,4% ist nicht nur die sexuelle Orientierung berücksichtigt.

Religion/Weltanschauung:

Im Bundestag sind vornehmlich Parlamentarier*innen mit einer Zugehörigkeit zu den zwei christlichen Kirchen: 403 Abgeordnete. Dem Islam gehören drei Abgeordnete an, konfessionslos sind 23 und Atheist*innen sind 3 Abgeordnete. 198 Abgeordnete haben zu ihrer Konfession keine Angabe gemacht. In Deutschland sind zu den vier großen Konfessionen/Religionen Zahlen bekannt - Christlich (römisch-katholisch), Christlich (evangelisch), Islam und Judentum. Den zwei christlichen Konfessionen gehören insgesamt ca. 46,03 Millionen Menschen an, davon etwas mehr römisch-katholisch als evangelisch, 4,25 Millionen Menschen gehören dem Islam an und dem Judentum gehören 99.695 Menschen an. Auch hier wird nicht die Vielfalt der regierten Gesellschaft gespiegelt.

Fazit

Dass Parlamente aus einer Gruppe von vornehmlich Akademiker*innen, männlichen und weißen Menschen bestehen, lässt sich in einer Auflistung von den Abgeordneten ablesen. Ein Parlament vielfältiger zu besetzen, schätze ich als einen langwierigen und für alle beteiligten Menschen anstrengenden Prozess ein. Die Themen um sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identitäten, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund ist in den großen Parteien noch nicht völlig angekommen, dort muss noch ein innerparteilicher Prozess stattfinden. Die großen Parteien haben einzelne „Leuchtturmpersonen“ um das Thema zu besetzen. Eine Quote ist schwierig umzusetzen, das sehen wir ja jetzt schon bei der Umsetzung von Frauenquoten in Fraktionen. Zum einen ziehen Abgeordnete über ihre Wahlkreise oder die Landeslisten ein. Durch diesen Umstand ist es schwierig dafür zu sorgen, dass Fraktionen vielfältig besetzt sind und zum anderen lehnen einige Menschen es ab, über eine Quote in Ämter oder Mandate zu kommen. Die Tatsache der Unterrepräsentiertheit von Minderheiten schließt eine engagierte Politik für diese Minderheiten nicht aus, jedoch ist es schwieriger Politik für Menschen als Politik mit Menschen zu gestalten.

Hannah – OV Bismark,
UB Gelsenkirchen



Bild: Jens Hoffmann, (CC BY-NC-ND 2.0)

“Als junger Mensch Politik für junge Menschen machen”

Ein Interview mit June Tomiak vom Bündnis 90/ Die Grünen

June Tomiak zog 2016 mit 19 Jahren, als deutschlandweit jüngste Abgeordnete ins Berliner Abgeordnetenhaus (AGH). Sie ist Sprecherin für Jugendpolitik und Strategien gegen Rechtsextremismus.

Wie ist es als jüngste Abgeordnete im AGH und in den Ausschüssen und spezifischer nochmal, wie ist es als Frau?

Als junger Mensch generell ist es hart. In den meisten Parteien ist man, wenn man jung Abgeordneter wird Anfang 30. Das ist schon ein krasser Unterschied, wenn die so 10/15 Jahre älter sind als man selber. Am Anfang gab es des Öfteren Situationen, dass ich für die Praktikantin gehalten wurde. Oder als ich dann an meinem Platz im Ausschuss saß und ein älterer Herr kam und meinte, dass die Gäste hinten sitzen und ich dann meinte: “Ja das ist mir durchaus bewusst”. Das ist ein Symptom der Problematik, nämlich, dass man einfach nicht erwartet, dass so junge Menschen Abgeordnete sein können und das ist natürlich ein strukturelles Problem. Dass man sich krasser durchsetzen muss, aber das ist ja für junge Frauen in fast allen Bereichen leider so.

Macht es dir der Alltagssexismus schwer dich einzubringen im Parlament und inwiefern?

Gerade als ich neu gewählt war, als Leute dann dachten, dass ich Praktikantin bin, oder wenn man am Anfang in den Raum kommt, dann denken die Leute gar nicht, dass es sein könnte, dass ich irgendjemand wichtiges bin. Wenn sich dann herausstellt, dass ich ja die Frau Abgeordnete bin - wobei ich das ja auch ganz schwierig finde, diesen Status irgendwie immer hervorzuheben - und da Bedeutung beigemessen wird von Leuten, die aber natürlich nicht auf die Idee kommen, dass das mit einer jungen Frau assoziiert werden könnte. Und das ist dann natürlich immer nervig. Das zeigt halt auch wieder das Problem, dass niemand davon ausgeht, dass es auch eine junge Frau sein kann.

Wobei da bei mir natürlich auch hinzukommt, dass ich sehr jung bin und dann klassische Sachen kommen wie: “Mach mal erstmal was Vernünftiges” oder “Geh mal erstmal arbeiten”.

Ich stehe dann da und denke, dass meine Arbeit als Abgeordnete sehr vernünftig ist und etwas sehr Gutes. Im Plenum herrscht oft eine sehr raue Stimmung, dass laut gebrüllt wird, dass Beschimpfungen kommen. Oft, wenn Frauen reden, gibt es Typen im Parlament, die super laut reden und total laut lachen. Das ist dann ein ganz merkwürdiges Klima, was halt eigentlich nur von männlichen Personen ausgeht.

Aber das ist man aus anderen Lebensbereichen ja auch gewöhnt, leider.



Bild: Ben Groß

June Tomiak

Hast du Tipps für junge Frauen, die sich politisch engagieren?

Ich glaube, dass man sich als junge Frau fünfmal so viel anstrengen muss, um irgendwie als gleichwertig betrachtet zu werden. Das ist eine Sache, die sich, glaub ich, auch in den nächsten Jahren erstmal nicht ändern wird so, das ändert sich vor allem auch nur, wenn es mehr Frauen in der Politik gibt - vor allem auch mehr junge Frauen. Ich glaube aber für sowas lohnt es sich zu kämpfen. Weil Politik ist eine Sache, die alle jungen Frauen angeht und das ist auch auf jeden Fall unser Raum und den sollten wir uns nehmen. Man sollte dran bleiben und sich Verbündete suchen. Ich glaub, dass es auch wichtig ist sich mit anderen jungen Frauen in der Politik zu vernetzen, da solidarisch zu sein.

Was waren denn Punkte, die dich in deinem politischen Werdegang unterstützt haben?

Ich hab ja Schülervertretungsarbeit gemacht (auf Bezirks- und Landesebene) und da hat man natürlich dann auch mit den „echten Politikern“ zu tun. Die sind oft sehr viel älter als man selber. Man kommt als junger

Mensch in die Schülervertretungsarbeit und hat voll die guten Ideen. Dann wird einem gesagt, dass das alles nicht so einfach ist und dass man das als junger Mensch noch nicht wissen kann, dass man da einfach Zeit braucht etc. Das waren sehr frustrierende Erfahrungen, die ich gemacht habe.

Nach dem Abi war ich aus diesen ganzen Schülervertretungsgremien raus, aber das politische Engagement hat mir unfassbar viel Spaß gemacht, das fand ich total wichtig.

Ich hatte diese Frustration, dass in der Politik keine jungen Leute sitzen. Und dann hab ich mir gedacht, gut wenn ich das so scheiße finde, dann mach ich es halt selber. Jedenfalls probieren kann man es ja mal.

Ich hab es geschafft, aber das strukturelle Problem ist noch nicht gelöst, das bleibt weiterhin bestehen. Irgendwann bin ich ja auch alt und dann ist wieder dieselbe Problematik. Da müssen wir weiter dran bleiben.

Aber generell ist es so, dass ich dann den Entschluss gefasst habe: ich will das machen und ich kann das. Gerade dieses „ICH KANN DAS“ ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Schritt, der einem von der Gesellschaft nicht mitgegeben wird. Jungen Frauen wird sehr lange gesagt, dass sie Dinge

nicht können, egal worum es geht. Ich glaube, da muss man sich von emanzipieren und dann halt sagen: “Nee, ich sehe das nicht so”. Selbst wenn ich ein paar neue Sachen lernen muss, bricht mir das auch nicht das Genick, sondern das ist alles schaffbar. Ich kann das genauso gut wie ältere Kollegen. Ich glaube da muss man selbstbewusst sein und das ist hart und das macht auch nicht immer Spaß, aber das ist glaub ich wichtig.

Das Interview führte Hanna Winter, Referentin der Mädchen- und Frauenpolitischen Kommission der SJD - Die Falken

Die Clara

“Clara” ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der “Gleichheit”, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



F138-1513-822, AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung



Und gute Musik gab es auch!

Bild: LV Brandenburg

Sommer, Sonne, Sozialismus

Pfingstcamp der Brandenburger Falken

Es ist angezeltet: Mit Sommer, Sonne und einem Strahlen auf dem Gesicht geht's auf den Zeltplatz Saatwinkel in Berlin-Tegel. Neben den von weitem sichtbaren weißen SG404 hatte sich ein Sammelurium aus knallig-bunten bis dezent wiesfarbenen Kleinzelten angefunden. Und vorne am Eingang grüßte auch gleich eine kleine Bühne, die so auf der freien Wiese doch nochmal etwas größer aussah. Ein Musikfestival? Nicht ganz und wer am Anmeldungstisch genau hinguckte, konnte neben der Falken- eine kleinere linksjugend [;solid] -Fahne erkennen. Der Häschtag lautete also Bündniscampen.

Nun schon zum 10. Mal fanden sich Berliner Solids, Brandenburger Solids und Falken an Pfingsten zusammen für das etwas andere Zeltlager. Und Besuch bekamen wir, wie auch in den Vorjahren bereits, von den Genoss*innen der Falken aus Weser-Ems.

Aber erst nochmal ganz auf Anfang: Wieso eigentlich Bündniscampen?

Der einfachste Grund dürfte sein, dass wir in Brandenburg nun mal einen kleinen Landesverband haben. Deshalb kooperieren wir gerne, denn mit anderen zusammen zeltet, feiert und dekonstruiert es sich eben besser. Dass es nun schon zum zehnten Mal mit Linksjugend Solid stattfindet, ist für uns aber auch eine bewusste Entscheidung. Nicht nur, dass die Kooperation auf Augenhöhe und freundschaftlich passiert. Viele bei Solid sind schon, so wie bei uns auch, jahrelang im Bündnis aktiv, sodass

wir wissen, was wir von einander erwarten können und wie es zwischenmenschlich läuft.

Bei aller Kontinuität ist für uns aber auch entscheidend, dass wir dieses Camp als gemeinsamen politischen Raum gestalten können. Als Verbände teilen wir ja ähnliche Überzeugungen und Ideale, weshalb auch das Workshopangebot schnell auf die Beine gestellt werden konnte. So war so ziemlich alles dabei: Von „sozialistische Erziehung“, „Einführung in Feminismus“ bis hin zu „lock picking“, von Theoriearbeit bis zum ganz praktischen Erste-Hilfe-Kurs. Klar, Solid steht als „parteinaher“ Jugendverband der Regierungspartei Die Linke (Rot-Rot in Brandenburg und Rot-Rot-Grün in Berlin) da. Und das spiegelt sich dann nicht nur in dem ein oder anderen abendlichen Gespräch im Barzelt über „die“ Partei wider (auch wenn nicht alle Solids einen Parteibezug haben). Ein Camp als demokratie-praktischer Lernort z.B. war nicht im Konzept vorgesehen. Aber gerade das macht ja den Reiz des Ganzen aus. Es gibt nicht nur die eine Sozialismus-Vorstellung, die wir als Falken leben. In Vielfalt geeint, heißt das so wunderschön bei der EU. Und irgendwie war das bei uns auch so. Das Camp als Ort der Begegnung. Was erst einmal so klingt, als wäre es vom Kirchentag angehaucht, ist aber für gemeinsame linke (Gesellschafts-) Politik relevanter denn je. Wenn wir neurechten Gruppierungen nicht Gesellschaft, Acker und Parlamente überlassen wollen, müssen wir als linke Organisationen zusammenrücken. Gemeinsame Camps können gemeinsame Kampagnenarbeit bzw.

gemeinsame Schwerpunktsetzungen in der jeweiligen politischen Arbeit ermöglichen. Außerdem sollten wir nicht unterschätzen, dass es einen Unterschied macht für unsere Arbeit, ob z.B. die zukünftigen Jugendamtsleiter*innen von der Linken und unserer Arbeit wohlgesonnen sind – Stichwort Netzwerkarbeit. Und nicht zuletzt können wir gemeinsam von einander lernen Inklusion zu schaffen, Emanzipation zu ermöglichen, Selbstorganisation zu vermitteln. Seit Jahren gibt es auch Teilnehmende auf dem Pfingstcamp, die im Rollstuhl sitzen und Diskussionskreise über Inklusion in der radikalen Linken anbieten. Ein Anliegen, das uns als Falken im Kernbereich unserer Arbeit beschäftigt, denn Zeltlager sind nunmal nicht barrierefrei.

Aber vorwärts kommen wir nur fragend und zwar gemeinsam. Pfingsten bzw. Himmelfahrt sind gute Zeiten, um mit anderen Verbänden und Organisationen das erste Zeltlager des Jahres zu bestreiten. Welcher linken Partner*innen man sich dann bedient, sei dahingestellt. Ob nun parteinahe Jugend oder nicht, ist aus unserer praktischen Arbeit heraus, nur eine Frage für Außenstehende. Für uns passt es menschlich, organisatorisch und inhaltlich. Solange das Arbeiten auf Augenhöhe und der gegenseitige Austausch besteht, lohnt sich ein solches Bündniscamp auf jeden Fall. Und gute Musik gab es auch.

05. Rise Against – Wolves

Radiotauglicher Punk Rock zur Politisierung

Rise Against stehen seit 18 Jahren für eingängigen, schnellen Punk Rock mit politischem Anspruch – ohne sich dabei aber, im Gegensatz zu Green Day, etwa im Stadionpoprock zu verlieren. Mit ihrem im Juni veröffentlichten Album „Wolves“ schreiben sie ihre Erfolgsgeschichte weiter. Schon die Vorab-Single „The Violence“ gab einen guten Vorgeschmack auf den Rest des Albums. Der Frage, ob uns der Mut fehlt, dieser Gesellschaft was entgegen zu setzen, folgt die direkte Aufforderung, endlich vom Sofa hoch zu kommen. Das Lied bleibt dann auch nicht das politische Feigenblatt, um sich als sozialkritische Band verkaufen zu können, sondern die Band geht sehr explizit auf die Situation bei ihnen zuhause in den USA ein. Beispiele hierfür sind „Mourning in America“ oder das sehr deutliche „How many walls“, in dem sie fragen, wie oft und wie viele Jahre wir den

sich ständig wiederholenden Ereignissen noch zusehen wollen. Aber natürlich bleiben auch Lieder über unglückliche Beziehungen nicht aus – dem Gesamteindruck des Albums tut das aber keinen Abbruch.

Rise Against zeichnet aus, dass sie es als Band schaffen, politische Themen anzupacken und in einer Form umzusetzen, die auch Menschen jenseits der linksradikalen Szene erreicht. Vielleicht sind andere Genrebands expliziter oder radikaler, sie schaffen es jedoch auch nicht die jungen Menschen zu erreichen, die bisher wenig politisiert sind. In diesem Sinne, hört euch das Album an und empfiehlt es euren Freund*innen weiter. Weitere Anspieltipps für Rise Against sind „Re-Education (through labor)“ – schaut euch unbedingt das Video an – und „Prayer of the refugee“.

Steffen Göths, LV Brandenburg



Bild: Rise against

„Tote Mädchen lügen nicht“

Eine feministische Serie?

Hannah, die Protagonistin der Serie, hat ihr Leben beendet und 13 Kassetten aufgenommen, die die 13 Gründe erläutern, die sie zu dieser Entscheidung geführt haben. Die Gründe beginnen mit einem „Fehler“, den Frauen in der Gesellschaft einfach nicht

begehen dürfen: Sie gibt jemandem die Möglichkeit, sie als Schlampe darzustellen. Ein uneindeutiges Foto wird an alle ihrer Mitschüler*innen geschickt; Hannah wird daraufhin in der neuen Schule direkt als Schlampe abgestempelt. Das ist etwas, was sie bei vielen Jungen als Freiwild

abstempelt und bei den Mädchen als Konkurrenz – ein typischer Fall von slutshaming in der Gesellschaft. Die Serie ist also auch durchaus ein feministisches Statement, weil sie zeigt, wie leicht es ist, Frauen herabzuwürdigen. Über die eifersüchtige beste Freundin bis zum Typ, der ihre Verletzlichkeit zu seinem sexuellen Vorteil ausnutzen will, passieren die meisten Gründe aufgrund ihres Geschlechts und zeigen so überspitzt, aber dennoch realistisch viele Probleme, denen (junge) Mädchen in der Gesellschaft ausgesetzt sind. Die Serie endet mit der Vergewaltigung durch einen ihrer Mitschüler und zeigt anschließend die fehlende Hilfeleistung des Schulpsychologen, der ihr rät, es einfach zu vergessen. Sie begeht daraufhin Selbstmord. Beides wird sehr detailreich und für den Zuschauer belastend dargestellt, wofür die Serie trotz Inhaltswarnung viel Kritik erfahren hat. Der häufigste Grund für einen Selbstmord ist eine psychische Krankheit, dies wird in der Serie nicht gut dargestellt. Insgesamt ist die Serie empfehlenswert, sofern einem*einer bewusst ist, welche Themen dort behandelt werden.

Miriam Bömer,
UB Hamm Unna Soest



Bild: Netflix

Denkst du, oder einer deiner Angehörigen über Selbstmord nach?

Unter 0800 – 111 0 333 kannst Du beim Kinder- und Jugendtelefon anrufen und mit einem Berater sprechen. Die Nummer ist kostenfrei.

Impressum

AJ - Die andere Jugend 2 - 2017

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands – Die Falken,
Bundesvorstand,
Luise & Karl Kautsky Haus,
Saarstraße 14,
12161 Berlin,
Tel. (030) 26 10 30-0,
aj-redaktion@wir-falken.de,
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.: Jana Herrmann

Redaktion: Miriam Bömer,
Nina Dehmlow, Steffen
Göths, Henrike Romberg,
Nadim Shukrallah.

Weitere Texte von: Nico
Schreiber, Ben Mirwald,
Johnny X, Hannah Hues-
mann, SJ Gruppe Bremen,
SJD - Die Falken Stuttgart,
Nathalie Thiel, Hanna
Winter, SJD - Die Falken LV
Brandenburg

Fotos und Grafiken: Natha-
lie Löwe (S.1), TobiasGolla
(S.2), Unrast Verlag (S.3), Ti-
tanic Magazin (S.4), jehafo
- Fotolia.com (S. 5), Marco
Urban (S.6), Johnny X (S.6),
Foto-AG Gymnasium Melle
(S. 7), Steffen Göths (S.8),
Nico Schreiber (S.9), Clker-
Free-Vector-Images (S.10),
Clker-Free-Vector-Images
(S.11), Jens Hoffmann, (S.12),
June Tomiak (S.13), Fried-
rich-Ebert-Stiftung (S.13),
SJD – Die Falken Landes-
verband Brandenburg (S.14),
Rise Against (S.15), netflix
(S.15), SJD – Die Falken Lan-
desverband Hamburg (S.16)

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

G20- Gipfel in Hamburg

Zwischen Repression, Vandalismus und grenzenloser Solidarität

Am 7. und 8. Juli 2017 kamen die Staatschef*innen der größten Wirtschaftsmächte nach Hamburg.

Auf der letzten Landeskonferenz entschieden sich die Hamburger Falken dazu, sich an den Protesten gegen G20 zu beteiligen und gemeinsam mit dem Bundesverband nach Hamburg zu mobilisieren. Wir wollten Teil des Camps im Altonaer Volkspark sein. Es war aber bis kurz vor Schluss nicht erlaubt, in dem Protestcamp zu übernachten.

Unsere Bundesvorsitzende Alma Kleen dazu:

„Was aktuell durch den Hamburger Senat und die Bundesregierung rund um den G20- Gipfel um- und durchgesetzt wird entspricht absolut nicht unserem Verständnis von Demokratie. Demokratie muss Widersprüche zulassen und aushalten.“

Da die zuständige Versammlungsbehörde von Anfang an die Genehmigung für solche Camps verweigerte, ging die juristische Auseinandersetzung durch alle Instanzen. Für unsere Planung bedeutete das viel Unsicherheit. Wir entschieden uns alle Angereisten in den Räumen des Landesjugendrings und in unserem Kindergarten Falkennest unterzubringen.

Als Kinder- und Jugendverband riefen wir zum Bildungsstreik und der internationalen Großdemonstration auf.

Am Bildungsstreik nahmen wesentlich mehr Menschen als erwartet teil. Die Stimmung war gut, der Protest war laut und bunt. Während die „hohen Herren und Damen“ sich ein Konzert in der „Elphie“ anhörten, spitzte sich die Lage zu. Medien berichteten von Krawallen und Plünderungen in der Sternschanze.

Ehrenamt ballert immer noch!

Auch dieses Jahr wird es wieder ein bundesweites Seminar zum Austausch zwischen Funktionär*innen und Gliederungen des Verbandes geben. Themen werden wieder Problemen und Konflikte aus der Arbeit in den Gliederungen sein. Letztes Jahr ging es z.B. um Zeitmanagement im Ehrenamt, die Frage, wie neue Aktive gewinnen oder Haushaltspolitik aus Vorstandsperspektive.

Die endgültigen Themen für dieses Jahr stehen noch nicht fest, vorstellbar sind zum Beispiel das Verhältnis



Bild: Landesverband Hamburg

Die zu schnelle, undifferenzierte Berichterstattung warf die zuvor stattgefundenen Solidarität von Anwohner*innen und Protestler*innen von einer Sekunde auf die andere über den Haufen. Es schien sofort klar, dass ausschließlich linke Protestler*innen für diesen „anarchieartigen-Zustand“ verantwortlich seien.

Der friedliche Protest, der wirklich politisch motiviert und sinnvoll war, wurde durch die Mediendarstellung, Polizeigewalt/-taktik und Ausschreitungen, die nichts mit unserem Aufruf zu „Grenzenloser Solidarität statt G20“ zu tun hatten komplett ausgeblendet.

Um weiterhin für unsere Ziele, ohne Einschüchterung einzustehen, nahmen wir am nächsten Tag mit schätzungsweise 75.000 Menschen an der internationalen Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ teil. Ein organisierter Bus aus Nordrhein-Westfalen sollte noch weitere Falken und Protestler*innen nach Hamburg bringen. Sie wurden jedoch völlig grundlos noch auf dem Weg festgenommen und in die Gefangensammelstelle nach Harburg gebracht.

Dort hielt man alle Insass*innen fest, durchsuchte sie und manche mussten sich sogar komplett ausziehen. Es wurde ihnen untersagt, die ihnen gesetzlich zustehenden Anrufe zu tätigen.

Alma Kleen:

„Dass Jugendliche, die offensichtlich auf dem Weg zu einer angemeldeten Demonstration sind, von der Polizei derart unter einen Generalverdacht gestellt werden und sogar Gewalt von der Polizei erfahren mussten, ist nicht hinnehmbar. Die Polizeiführung hat wieder einmal deutlich gemacht, dass sie bestehendes Recht missachtet und sogar Jugendverbände mit Repression nicht verschont.“

Aber wir lassen uns nicht einschüchtern, weder von der Verallgemeinerung der Medien, den sinnlosen Gewalttäter*innen oder dem Staat! Wir werden weiter auf die Straße gehen, um für eine gerechtere Welt zu kämpfen. Dafür braucht es aber ein Umdenken aller!

F!

Nathalie Thiel (LV Hamburg)

zum Nachlesen: Offener Brief zur Anti-G20-Demo: Zeit für Solidarität - Zeit für Demokratie und Aufklärung - Die Falken, LV NRW, 12.07.2017

von Haupt- und Ehrenamt, Wissensübergabe bei Generationenwechseln (z.B. in Vorständen oder bei Zeltlagerhelfenden) oder Öffentlichkeitsarbeit. Neben Workshopspeinheiten wird es auch Raum für offene Austauschrunden geben.

Solltet ihr in eurer Gliederung ein Problem (egal, ob konkret oder diffus) haben, das ihr gerne mit anderen Gliederungen diskutieren wollt oder sonst irgendeinen Themenwunsch, könnt ihr euch gerne an die Ringe im Bundesvorstand wenden. Abgerundet wird das Ganze wie im-

mer durch falkentypisches Abendprogramm. Wir sorgen dafür, dass es ballert!

Die Zielgruppe des Seminars sind alle Funktionär*innen des Verbandes, in unserem Verständnis also alle, die eine Funktion innehaben – das kann z.B. (aber nicht nur) sein: Vorstandsmitglied, Zeltlagerorgateam, Grupphelfer*in, ...

Für Fragen und weitere Informationen steht euch Karolin Reinhold aus dem Bundesbüro zur Verfügung.